

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

## Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er scheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 11 Fernsprecher: F 7 Zannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Zeitstelle 1 W. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinsendung auf Postfach 20176 Berlin 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionslohn freitags

### Zum Neuabschluss des Ledertreibriemen-Reichstarifes.

Der Arbeitgeberverband der Ledertreibriemenindustrie hatte, wie durch unsere Mitteilung bekannt ist, den Reichstarif zum 30. September 1930 gekündigt. Die allgemeine Wirtschaftsmisere und die prekäre Lage der Treibriemenindustrie war nach den Vorlesungen der Arbeitgeber und ihres Interessenorgans „Ledertreibriemen und technische Lederartikel“ auch hier die Ursache der Kündigung. Ihre eingereichten Abänderungsvorschläge waren auf Abbau wichtiger sozialer Errungenschaften im Reichstarif gerichtet. Eine der wichtigsten Bestimmungen, die seit Jahren Bestandteil des Reichstarifes ist — die Berufserien — sollten künftighin zu Betriebsferien umgewandelt werden. Ferner sollte nach dem Antrag der Arbeitgeber das Lohnschiebsgericht eine lauschkulartige Fällung erhalten, die bei den besonders gelagerten Verhältnissen dieser Industrie die Lohnfestlegung unnötig verzögert hätte. Der Abänderungsvorschlag der Arbeitgeber lautete:

„Falls der Spruch der Lohnkommission nicht einstimmig erfolgt, kann der zuständige staatliche Schlichtungsausschuss innerhalb einer Frist von drei Tagen zwecks endgültiger Entscheidung ansetzen werden.“

Da das bisherige Lohnschiebsgericht nicht in allen Fällen endgültig entscheidet, muß folgerichtig an allen Stellen, an denen vom Lohnschiebsgericht gesprochen wird, Lohnkommissionen gesetzt werden. Ferner hatten die Arbeitgeber beantragt, daß Manschettenschneider, die selbständig arbeiten, erst nach drei Jahren, und nicht wie bisher schon nach einem Jahr Beschäftigung den Sattlerlohn erhalten sollen. Neben diesen erwähnten Fällen waren weitere Abänderungen von ihnen beantragt worden, die jedoch mehr reaktionärer Natur waren oder durch eine frühere Ausprägung im Tarifamt ohne Bedenken in den neuen Vertrag von uns aufgenommen werden konnten.

Von Seiten unserer Kollegenschaft lagen eine Reihe wichtiger Anträge auf Verbesserung der sozialen Bestimmungen des Mantelvertrages vor. Die wichtigsten waren die Vorschläge auf Herabsetzung der Arbeitszeit. Der Hauptvorstand, der zu den eingegangenen Anträgen Stellung nahm, hatte nach ausgiebiger Aussprache beschlossen, die Forderung der 44-Stunden-Woche einzuziehen. Diese Forderung war gegeben im Hinblick auf die internationalen Beschlüsse des IOB und der Leberarbeiterinternationale. Die Vergrößerung zur Verkürzung der Arbeitszeit liegt schon in der Zeit des ungeheuren Tempos technischer Rationalisierung, die wir täglich erleben. Die Arbeitszeitverkürzung hat nicht nur eminenten kulturellen Wert, sondern die gegebenen Wirtschaftsverhältnisse, die durch Massenarbeitslosigkeit und tiefstaurige soziale Zustände gekennzeichnet sind, fordern dringend, daß die Arbeitszeit herabgesetzt wird.

Bei dem großen Prozentjah Arbeitsloser — auch in der Ledertreibriemenindustrie — und in der Erkenntnis der allgemeinen Wirtschaftsstruktur wird die Verkürzung der Arbeitszeit als ständige Forderung immer stärker in den Vordergrund gedrängt, als sie praktisch durchgeführt ist.

In der Verhandlung, die am 29. September 1930 in Berlin stattfand, stand die Verkürzung der Arbeitszeit im Vordergrund. Die Arbeitgeber hatten als Hauptargument ins Feld geführt, daß sie als kleine Industriebranche nicht eine so wichtige Frage lösen können und haben die Arbeitszeitverkürzung abgelehnt.

Eine weitere Frage, die von uns angeschnitten wurde, war die Forderung, die Löhne nur bezüglich

zu regeln. Auch die zurzeit bestehenden Ortslohnabkommen sollten bezüglich zusammengefaßt und durch einen einheitlichen Lohnschlüssel für alle Beschäftigten je nach Altersstufe, tariflich verankert werden. Zu einer derartigen Änderung konnten die Arbeitgeber auf Grund früherer Erfahrungen sich nicht verstehen, wollen aber die Sachlage nochmals überprüfen. Besonders wurde unsererseits Wert darauf gelegt, daß die Löhne schon für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ab dem 14. Lebensjahre in den bezirklichen und örtlichen Lohnabkommen festgelegt werden, worüber eine Einigung der Parteien stattfand.

Eine weitere Forderung unsererseits bestand darin, daß der Lohn für weibliche Arbeiterinnen anstatt mit 70 bis 80 Proz. je nach der entsprechenden Altersstufe, im Verhältnis zum männlichen Lohn festgelegt werden soll. Diese Forderung fand bei den Arbeitgebern keine Beachtung. Festgelegt wurde für Akkordarbeiter, die vorübergehend — aber nicht wegen Arbeitsmangel — im Zeitlohn beschäftigt werden, daß diese den Lohn pro Stunde erhalten, der sich als ihr Akkorddurchschnittsverdienst der letzten vier Wochen errechnet. Der Montageschlag für Feiertagsarbeit (erster Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag) beträgt 100 Proz. Frauen, die über einem halben Jahr an der Manschettenschneiderarbeit, erhalten 10 Proz. Zuschlag.

Hervorzuheben ist, daß neben einigen Bestimmungen untergeordneter Natur über die wesentlichen Fragen, nachdem zwischen den Parteien keine Einigung zu erzielen war, das Tarifamt endgültig entschied.

Unser Antrag, die 44-stündige Arbeitszeit einzuführen, wurde abgelehnt. Der Antrag der Arbeitgeber, an Stelle der Berufsferien Betriebsferien zu setzen, wurde ebenfalls abgelehnt, so daß es wie bisher bei den Berufserien bleibt. Eine Erhöhung der Ferienlage je nach Beschäftigungsdauer, von uns gefordert, verfiel gleichfalls der Ablehnung. Die bisherigen Ferienbestimmungen bleiben; jedoch wurde durch Schiedspruch bestimmt, daß im ersten Abschnitt folgender Satz aufgenommen wird:

„Soweit ein Betrieb zur Zeit der Ferien gewöhnlich seit sechs Monaten verkürzt arbeitet, wird für die Bezahlung der Ferien die durchschnittliche Wochenarbeitszeit dieser sechs Monate zugrunde gelegt.“

Ferner hat das Tarifamt entschieden, daß das Lohnschiebsgericht (siehe § 4 des RTV.) in seiner bisherigen Fassung bestehen bleibt. Nur der letzte Satz hat fortan folgenden Zusatz: „Wenn die Parteien über die Person des Vorsitzenden sich nicht einigen oder eine Partei innerhalb einer Woche nach Auforderung des Vorsitz nicht ernannt, so werden die Ernennungen auf Antrag einer Partei vom staatlichen Schlichter vorgenommen.“

Der § 7, der bisher Bezirkslichtungskommissionen neben dem Tarifamt vorsah, wird vereinfacht, indem an Stelle der erstere die Kunststelle tritt. Je zwei Arbeitgeber und je zwei Arbeitnehmer bilden diese Stelle. Sie ist in allen Streitigkeiten vor Anhängigmachung des betreffenden Falles in Kenntnis zu setzen. Die endgültige Entscheidung bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bei denen es auf eine Auslegung tariflicher Bestimmungen ankommt, ferner bei allen Streitigkeiten zwischen den Tarifparteien sowie zur Überwachung der Durchführung der tariflichen Bestimmungen, hat das Tarifamt.

Nähere Bestimmungen sind in der Geschäftsordnung als Anhang des Reichstarifes gegeben.

Der Vertragsabschluss und die fast restlose Anwendung aller Verschlechterungsanträge, die von Seiten der Arbeitgeber gestellt wurden, zeigen wiederum, daß es nur die gewerkschaftliche Organisation vermag, selbst in Zeiten tiefgehender Wirtschaftsdpression sich mit Erfolg durchzusetzen.

Pflicht jedes einzelnen Kollegen ist es deshalb nicht nur, beitragszahrendes Mitglied zu sein, sondern auch die Fernstehenden unseren Reihen zuzuführen und für den weiteren Ausbau unserer Organisation nach Kräften beizutragen. — f. g. —

### Gewerkschaftliche Massenbildung erforderlich!

Der Ausgang der Reichstagswahlen hat uns gelehrt, daß große Teile der Arbeiterschaft noch sehr wenig Verständnis für die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Vorgänge der Zeit aufbringen. Es fehlt besonders an der klaren Erkenntnis der Ursachen der augenblicklichen Wirtschaftskrise, die ja nicht nur über Deutschland hereingebrochen ist, sondern fast alle kapitalistischen Länder ergriffen hat. Wenn man die Gespräche der Arbeiter während des Wahlkampfes in der Werkstat, der Fabrik und besonders vor den Arbeitsämtern beobachtet hat, so konnte man erstaunt feststellen, daß großen Teilen die elementarsten Grundbegriffe der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der politischen und parlamentarischen Möglichkeiten, fehlen. Widerspruchlos wurde oft denen Gehör geschenkt, die alle Erfolge der Arbeiterschaft, die in jahrzehntelangen Kämpfen durch die Gewerkschaft und Partei erkämpft wurden, in den Schmutz zogen. Wenn man auch zugeben muß, daß durch die herrschende Wirtschaftskrise eine starke Verbitterung Platz gegriffen hat, die sich einer gerechten und objektiven Beurteilung der Lage oft verschließt, so ist doch festzustellen, daß an Aufklärung und Bildung der Massen noch viel zu leisten ist.

Die Gewerkschaften sind nun in erster Linie dazu berufen, die Arbeiterbildung durchzuführen. Ihre Aufgabe ist es, ihren Mitgliedern das Wissen zu vermitteln, das notwendig ist, um die Vorgänge im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu erkennen, das notwendig ist, um die Errungenschaften der sozialen Gesetzgebung, des Arbeitsrechts anzuwenden und zu verteidigen, um den Kampf für die Verbesserung der Lebenssituation, im Rahmen des Möglichen, zu führen. Wohl ist auf diesem Gebiet schon Großes geleistet worden. Insbesondere wird für die Schaffung eines geschulten Funktionärskörpers dauernd Sorge getragen. Orts- und Bezirksausschüsse des IOB, sowie die vielfach vorhandenen Bildungsausschüsse der Partei, geben besonders in den Wintermonaten der Arbeiterschaft Gelegenheit, sich geistig weiter zu bilden. Von Seiten einiger Gewerkschaften sind vorbildliche Massenbildungseinrichtungen, zentral organisiert, geschaffen worden. Und doch ist an Aufklärung und Bildung der Massen noch mehr als bisher zu leisten.

Auch von Seiten unserer Organisation wird auf diesem Gebiet noch vieles zu leisten sein. Es scheint mir überhaupt, daß gerade hierfür zu wenig geschaffen worden ist. So legte man auch in den letzten Jahren, wie es auch in diesem Herbst wieder beachtlich wird, das Hauptaugenmerk auf Agitation, auf die Gewinnung neuer Mitglieder. Selbstverständlich ist es unsere feste Pflicht, alle uns fernstehenden Berufsangehörigen für die Organisation zu gewinnen. Ich glaube aber, daß dies von den einzelnen Ortsverwaltungen im Laufe des Jahres im weitesten Maße geschieht, daß deshalb die hierfür von zentraler Seite erforderlichen Kräfte sowie die notwendigen Mittel einer zentral geleiteten Bildungsarbeit zugeführt werden. Einer gewerkschaftlich geschulten Mitgliedschaft wird es viel leichter fallen, ihre mit ihr arbeitenden Berufs-

Kollegen durch beweiskräftige Argumente für die Organisation zu gewinnen.

Wie soll diese Bildungsarbeit nun geleistet werden? Der beste Weg wäre natürlich die Schaffung eines zentralen Bildungsjektors, wie dies von einigen anderen Organisationen bereits geschaffen worden ist. Da dies in unsern kleinen Organisationen aus finanziellen Gründen kaum möglich sein wird...

Das Hauptaugenmerk dieser Massenbildung wäre natürlich in erster Linie auf die kleineren Ortsvereinigungen zu legen, denn gerade hier mangelt es vor allem an geeignetem Versammlungsort sowie an geeigneten Kräften, die Wissen vermitteln...

Ein besonderes Gebiet der Bildungsarbeit wäre ferner die Heranbildung unseres Nachwuchses. Es genügt nicht, daß man Jugendgruppen bildet und hier vorwiegend Spiel und Sport treibt...

abgehaltenen Erwerbstätigenversammlungen, in denen auf die jeweilige Wirtschaftslage eingegangen wird, wo ferner die Rechte und Pflichten der Erwerbstätigen nach dem ARBZG stets fixiert werden müßten...

Mit all dem glaube ich auf ein Gebiet verweisen zu haben, das mehr als je in der Arbeiterschaft gepflegt werden muß, das besonders in unserer Organisation besser ausgebaut werden muß. Die geeigneten Mittel und Wege stellen nichts neues dar...

Paul Walter, Breslau.

Die Produktion nimmt zu — die Arbeiterzahl nimmt ab.

Die Neuberechnung des industriellen Produktionsindex durch das Statistische Reichsamt hat zur Aufstellung eines jährlichen Produktionsindex geführt, der eine langfristig orientierte Wirtschaftsbeobachtung besser ermöglicht als die bisherige monatliche Produktionsindex. Die Gegenüberstellung der Indexziffern der industriellen Produktion des Jahres 1928 mit denen des Jahres 1929 zeigt für fast sämtliche Industrien, wie insbesondere Bergbau, Eisenindustrie, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe usw. ein erhebliches Ansteigen der Produktionsleistung je Kopf der Belegschaft...

schneidender vollzieht als der Rückgang der Produktion. Bei der Mehrzahl sowohl der Produktion wie der Konsumgüterindustrien erfuhr die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten erhebliche Rückgänge, während eine Zunahme der Belegschaftsziffern nur in einzelnen wenigen Industrien und auch hier nur in geringem Ausmaß erfolgte.

Arbeitsgebermethoden in Danzig.

Die Danziger Karosseriefabrik in Joppot bei Danzig sucht immer wieder auswärtige Arbeitskräfte, angeblich, weil in Danzig keine Qualitätsarbeiter zu haben sind. In diesem Zweck werden in verschiedenen Bezirken des Reichs Inzerate aufgegeben und angeheftet der großen Arbeitslosigkeit finden sich auch immer wieder Bewerber für die ausgeschriebenen Stellen.

Die Firma lehnte diese gerechte Forderung ab und es erfolgte daraufhin Klage beim Arbeitsgericht auf Rückzahlung des Fahrgeldes für Hin- und Rückfahrt, da bei Abschluß der Einstellung von einer längeren Beschäftigungsdauer die Rede gewesen ist und niemandem zugemutet werden kann, daß er 72 Gulden Fahrgeld aus seiner Tasche bezahlt, nur um acht Tage in Danzig arbeiten zu dürfen.

Der Vertreter des Klägers, unserem Kollegen Voering, gelang es, einen Vergleich zustande zu bringen, nach dem eine Fahrtenabgabe von 36 Gulden gezahlt wurde. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts verwies u. a. darauf, daß auch den Kläger ein Teil der Schuld treffe, denn er habe die Pflicht gehabt, sich bei der Danziger Verwaltungsstelle unseres Verbandes über die Firma und die dortigen Verhältnisse zu informieren.

Der Vorgang ist wieder ein Beweis für die Einstellung vieler Danziger Arbeitgeber. Sie klagen über die hohen Erwerbstätigenziffern und die damit verbundenen sozialen Lasten und schreiben nach Wahn der Ausgaben und verlangen auf der anderen Seite immer wieder auswärtige Arbeitskräfte nach Danzig zu holen, weil sie in denselben willfähige Ausbeutungsobjekte sehen.

Deutsches Hygiene-Museum und Internationale Hygiene-Ausstellung.

Aus dem Referat des Vertreters für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand des ADGB, Herrn Dr. Meyer, Brodnig.

Die Schaffung des Deutschen Hygiene-Museums ist eine große, in ihrer Art einzig dastehende Kulturleistung. Die Internationale Hygieneausstellung verdient wegen ihrer imponierenden Größe und der gewaltigen, mühevollen, jahrelangen Kleinarbeit, die zu ihrer Durchführung erforderlich waren, gleichfalls Hochachtung.

Die ungeheure Größe der Ausstellung, sie beträgt insgesamt 48 700 Quadratmeter Fläche, macht an einem Tage einen Ueberblick unmöglich, vielmehr muß man mit einer Besichtigungsdauer von zwei bis drei Tagen rechnen. Soviel Zeit steht wohl selten einem Arbeiterbesucher zur Verfügung. Außerdem beträgt der Eintrittspreis selbst mit der Ermäßigung, die Gewerkschaftsmitglieder genießen, 1,10 Mk., was vielleicht für das Gebotene berechtigt sein mag, aber noch nicht Beluchern nicht aufgebracht werden kann.

Wenn sich der Bundesvorstand des ADGB, trotz aller von uns gedruckten Behebten an dem Ausstellungsteil „Arbeits- und Gewerbehygiene“ direkt

und über die deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene beteiligt hat, so geschah dieses, weil der Ausstellungsteil „Arbeits- und Gewerbehygiene“ in seinem Hauptstück vom Deutschen Hygiene-Museum übernommen wird und so bleibenden Wert behält.

Hinzu kommt, daß die Ausstellung „Arbeits- und Gewerbehygiene“ als Wanderausstellung durch ganz Deutschland ziehen soll. Ueber 30 Ortsausgänge haben für diese Wanderausstellung schon Interesse gezeigt und den Wunsch geäußert, sie in ihren Städten zu beherbergen. Wir hoffen, daß von einer solchen überschüsslichen Wanderausstellung ein starker Belehrungswert für den Gesundheitschutz ausgehen wird, insbesondere sollen jugendliche Erwerbstätige die Ausstellung gezielt bekommen.

Noch ein Wort zur Internationalen Völkerversammlung der Russenpaillon Interessantes bietet. Reflektiert ist seine Aufmerksamkeit ausgezeichnet. Die Einzelheiten sind aber so verwirrt und unübersichtlich, daß man sich ohne Führung kaum durchfinden kann. Die Russen haben sich nicht, wie die anderen Völker es getan haben und es bei einer Hygiene-Ausstellung üblich ist, auf die Darstellung hygienischer Tatsachen beschränkt, sondern man sieht auch Dinge, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Hygiene haben und allgemein sozialpolitischer Natur sind. Zum Beispiel wird in demagogischer Weise der Fünftagespaß, die Fünftageswoche und anderes gezeigt. Wir sehen nicht nur, wie die Verhältnisse sind, sondern mit beneidenswerter Rührigkeit haben die Russen die Solziffern der Jahre 1931 und 1932 ihren hygienischen Tabellen zugrunde gelegt. Wenn man sich in Einzelheiten vertieft, löst man immer wieder auf statistische Unmöglichkeiten und große Täuschungen. Daher empfehle ich, bei allem Anregenden, was der Russenpaillon bietet, größte Skepsis.

Das Deutsche Hygiene-Museum selbst, dessen Mitglied wir sind, hat dauernden Wert und verdient jede Unterstützung. Es liefert in seinen Wertstätten Anschauungsmaterial für die ganze Welt an. Filme, Lichtbildserien, Einzelausstellungen durchziehen ganz Deutschland. Im letzten Jahre wurde in 76 Orten hygienisches Lehrmaterial gezeigt und die Veranstaltungen von 923 000 Personen besucht. Hinzu kommt nun, daß künftig das Hygiene-Museum selbst zahlreiche Besucher von Dresden und außerhalb anlocken wird, was vom gewerkschaftlichen Standpunkt zu begrüßen ist, denn vom ihm geht ein starker Antriebsimpuls für die Verbreitung hygienischen Wissens und zur Schärfung des gesundheitlichen Bewusstseins der arbeitenden Bevölkerung aus.

Die riesige Hygieneausstellung in Dresden ist die Anschauung auf eine gewaltige wissenschaftliche und praktische Entwicklung des Gesundheitswesens im letzten halben Jahrhundert. 1870 bis 1880 hatte ein neugeborener Knabe 35,6 Jahre Lebenserwartung, 1924 bis 1926 sind es 20 Jahre mehr, nämlich 56 Jahre. Ist dies aber nun wirklich allein eine Leistung der Hygiene, wie man fast bei Besichtigung der zahllosen Einzelheiten der Ausstellung glauben könnte? Nein, die Leistungen der Hygiene sind nur möglich und weiter zu steigern, wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse der breiten Massen sich heben. Hygiene ist nicht eine Frage der Belehrung. Wer möchte nicht gern vor dem eigenen Häuschen sitzen im Garten, wer hätte nicht gern Sonne in den Zimmern, Blumen an den Fenstern und saubere Betten und äße nicht gern salorienreiche Nahrung und viel Obst und Gemüse? Das sind nicht Fragen der Hygiene, sondern das sind Erfolge, die nur erzielt werden können durch den Kampf der Arbeiterklasse und Besserung ihrer sozialen Lage, um besseren Lohn, bessere Wohnung, besseres Essen, um ihren gebührenden Platz an der Sonne.

Das reiche Amerika.

Damit die Amerikaner den Kopf nicht hängen lassen und trotz Wirtschaftskrise von der überwältigenden Macht ihrer Wirtschaft weiter durchdrungen sein sollen, stellte kürzlich das amerikanische Bankhaus Harriman Betrachtungen über die Größe der Naturschätze der Vereinigten Staaten und ihren Anteil an der Weltproduktion wichtigster Erzeugnisse an. Hier einige Angaben aus dieser Schilderung:

Die Vereinigten Staaten, deren Bevölkerung nur 7 Proz. der Bevölkerungszahl der Welt beträgt, verbrauchen 48 Proz. der Weltproduktion an Kaffee, 56 Proz. an Gummi, 72 Proz. an Seide, 36 Proz. an Kohle, 42 Proz. an Eisen, 47 Proz. an Kupfer, 69 Proz. an Rohöl, 21 Proz. an Zucker. Sie besitzen von den 30 Millionen Automobilen, die sich zurzeit im Weltverkehr befinden, 23 Millionen.

Die Vereinigten Staaten verfügen über 60 Proz. des Telegraphen- und Telephonnetzes, 33 Proz. des Eisenbahnnetzes der Welt. Sie verbrauchen 35 Proz. des in der Welt erzeugten elektrischen Stromes.

Die Fläche der Vereinigten Staaten beträgt nur 6 Proz. der Fläche der ganzen Welt. Sie liefert trotzdem 70 Proz. der Weltproduktion an Weizen und Baumwolle, 50 Proz. an Kupfer, 40 Proz. an Blei und an Kohle, besitzt die Hälfte der für gewöhnliche Zwecke bestimmten Goldvorräte und zwei Drittel der Bankguthaben der Welt.

In einem Zeitraum, in dem die Bevölkerung der Vereinigten Staaten um 60 Proz. zunahm, erhöhte sich deren Industrieproduktion um 300 Proz. Die Kaufkraft der 120 Millionen Personen, die in den Vereinigten Staaten leben, ist größer als die von 500 Millionen Europäern und viel größer als die der Milliardenbevölkerung Afrikas.

Für die sechs Millionen Arbeitslose, die es heute in den Vereinigten Staaten gibt, wird die Schließung der gewaltigen Reichtümer der Vereinigten Staaten zweifellos ein schwacher Trost sein. Der Bankrott redet nämlich nur von der Größe der Produktion und der Bekanntschaft, schweigt aber von der Verteilung des Ertrags dieser gewaltigen Produktion und Rohstoffe.

Bezirkskonferenz in Schlesien.

Am 21. September tagten im Breslauer Gewerkschaftshaus die Ortsverwaltungen unserer Organisation in Schlesien. Zehn Ortsverwaltungen waren durch zwölf Delegierte vertreten. Striegau hatte keinen Vertreter entsandt.

Um 10 Uhr eröffnete Gauleiter Gehring die Konferenz und begrüßte die Delegierten und Gäste. Das Büro bildeten die Kollegen Gehring und Bruno Friedrich, Breslau, als Vorsitzende und Burtert, Breslau, als Schriftführer.

Der Kollege Friedrich begrüßte die Delegierten im Namen der Ortsverwaltung Breslau und gab dem Deutschen Ausdruck, daß die heutigen Beratungen ein gutes Zusammenarbeiten der schlesischen Verwaltungen zeitigen mögen.

Als Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

1. Bericht über die Lage im Gau.
2. Die Kündigung des Lohnabkommens der Lederwarenindustrie.
3. Die Kündigung des Vertrages im Wagnonbau.
4. Abbau der Krisenfürsorge in Schlesien.
5. Tariffragen im Tapezierergewerbe.
6. Verschiebenes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Gauleiter Gehring eine Uebersicht über die Ursachen und Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise, die auch in den von uns vertretenen Berufsgruppen in ungläublicher Erwerbslosigkeit ihren Ausdruck findet.

Die durch besondere Ursachen bedingte Not Ostdeutschlands lastet natürlich auch auf Schlesien. Trotzdem sind wir vorwärts gekommen, und die an sich aufstrebende Mitgliederbewegung in Schlesien soll durch die diesjährige Herbstwerbung einen neuen Auftrieb erhalten.

Ueber die Entwicklung, Struktur, Beitragsleistung, Erwerbslosigkeit und den finanziellen Stand im Bezirk war den Delegierten schon vor der Konferenz referierendes Material zugegangen, auf das sich der Referent mehrfach beziehen konnte.

Kutkiewicz, Breslau, und Glomb, Görlitz, regten an, den Werbemonat statt in den Herbst, in das Frühjahr zu verlegen, da diese wegen der in dieser Zeit ansteigenden Intensität der Wirtschaft größeren Erfolg verspreche. Der Redner gab zugleich eine Uebersicht der wirtschaftlichen und organisatorischen Lage am Ort.

Friedrich, Breslau, gab an Hand von Zahlenmaterial einen Einblick in den gegenwärtigen Stand und die Entwicklung der Ortsverwaltung Breslau und betonte, daß man sich der Jugend besonders annehmen wolle. Er schilderte ferner den guten Einbruch und Verlauf des Jugendtreffens in Breslau

und trat warm dafür ein, die Jugend zu ähnlichen Zusammenkünften auch für die Zukunft zusammenzuführen.

Die erfolgte Kündigung des Lohnabkommens in der Lederwarenindustrie behandelte Gauleiter Gehring. Dem Versuch eines Lohnabbaues in der Großindustrie haben sich die Lederwarenfabrikanten in Schlesien ebenfalls angeschlossen. Sie fordern eine Reduzierung der Löhne um 11,3 Proz. Verhandlungen in dieser Sache sind für den 22. September festgesetzt, und von uns wurde das notwendige Material zusammengetragen, um dem Abbaumillen der Arbeitgeber entgegenzutreten. Der Antrag auf Stilllegung des maßgeblichen Betriebes, der Hr. Arnade, sei wohl auch zu dem Zwecke erfolgt, einen Druck auf die Verhandlungen auszuüben.

Glomb machte weitere Mitteilung zu dieser Frage und begründete den Standpunkt der Ortsverwaltung Görlitz, die von einer Lohnforderung abgesehen hat. Ferner wurden Einzelheiten aus dem Betrieb Arnade bekanntgegeben und unter anderem festgestellt, daß die Bestimmungen über die Stilllegung von Betrieben von Seiten der Firma nicht eingehalten wurden.

Friedrich verwies an Hand von Zahlen auf den ohnedies niedrigen Lohn der schlesischen Lederwarenindustrie, und zwar sei das sowohl im Vergleich mit den Löhnen dieser Branche im Reich, als auch mit den örtlich festgelegten Löhnen anderer Industrien in Breslau festzustellen.

Ueber den Stand der Kündigung des Vertrages im Wagnonbau berichtete Kutkiewicz, Breslau. Infolge der noch schwebenden Verhandlungen liegt ein Ergebnis bis heute noch nicht vor. Zur Kenntnis gelangten die Betriebs- und Lohnverhältnisse der maßgebenden Linke-Hoffmann-Werke; außerdem wurde ein Einblick in die reaktionären Abbauforderungen der Metallindustriellen gewährt.

Hoppe, Niesitz, bezeichnete den vorjährigen Beschäftigungsgrad des dortigen Betriebes als gut, während die diesjährigen Auftragsgänge sehr gering sind.

Glomb, Görlitz, stellte aus Gründen unbedingter Notwendigkeit den Antrag: „Der Zentralvorstand wird ersucht, baldigst Vorbereitungen zu einer Reichskonferenz der Wagnonindustrie zu treffen.“ Diesem Antrage schloß sich Kutkiewicz an.

Der Gauleiter brachte seine Bedenken hierzu zum Ausdruck und verwies darauf, daß es bisher die führende Organisation der Metallarbeiter für ungewöhnlich hält, jetzt schon eine solche Konferenz einzuberufen, weil die Lage noch zu wenig geklärt sei. Ein besonderes Vorgehen unserer Organisation sei nicht zu erwarten, da wir an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Industrie nicht den maßgeblichen Einfluß haben, der allein eine solche Konferenz rechtfertigen könne.

Hoppe bewieselte ebenfalls eine entsprechende Arbeit einer Reichskonferenz.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Glomb, Görlitz, mit 6 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen angenommen.

Zu Punkt 4 brachte Glomb einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Krisenfürsorge. Die Voraussetzung der Berufsgruppe 11 aus der Krisenfürsorge in Schlesien, mit Ausnahme von Breslau, habe allerorts, besonders in Görlitz, einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Begründete Proteste an das Landesarbeitsamt Schlesien und das Reichsarbeitsministerium durch unsere maßgebenden Stellen haben bisher zu keinem Erfolge geführt. Neuerdings bestehen weitere Schwierigkeiten in der Auslegung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juli 1930 zur Verringerung der Arbeitslosenversicherung mit dem Arbeitsamt Görlitz. Es muß mit allem Nachdruck versucht werden, die harten Entscheidungen, welche die Krisenfürsorge betreffen, wieder rückgängig zu machen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung erstattete Gauleiter Gehring Bericht über die schlesischen Tarifverhältnisse im Tapezierergewerbe. Breslau, Görlitz und Liegnitz haben fast gleiche Verträge. Ferner bestehen solche in Weichen und Gietow. Letztere sind gekündigt. Grundtätig eritreben wir den Abschluß eines einheitlichen Mantelvertrages für ganz Schlesien, weil es im Interesse aller Beteiligten liegt, eine einheitliche Norm zu finden und alles zu erreichen, was zu dieser Branche gehört. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, sollen die schon gezeichneten Vorarbeiten weitergeführt werden.

Glomb schloß sich diesen Ausführungen an.

Unter „Verschiebenes“ gab Kollege Gehring das diesjährige Programm der Oktoberwerbung zur Kenntnis und wünschte hierzu und auch für die Zukunft die dauernde und enge Verbindung der schlesischen Verwaltungsstellen mit der Gauleitung.

Eine Anfrage, ob unsere Zeitung nicht durch eine Fachbeilage ergänzt werden könne, wurde dahin beantwortet, daß dies bei der Mangelhaftigkeit unserer Organisation nicht möglich sei.

Kutkiewicz erluchte, bei der Hauptverwaltung anzuregen, für unsere Jubilare ein einheitliches

Diplom der Anerkennung zu schaffen. Gehring und Glomb verweisen darauf, daß diese Frage den Zentralvorstand schon mehrfach beschäftigt hat und dieser zu der Ablehnung gekommen sei.

Eine Anfrage von Niesitz, Liegnitz, zu der Handhabung der Beitragsleistung während der Unterstützungsdauer, löste eine lebhafte Debatte aus und es ergibt sich daraus die Feststellung, daß hier eine einheitliche Regelung nicht besteht.

Zum Schluß dankte Kollege Gehring den Delegierten für die ruhige und sachliche Arbeit während der Konferenz und schloß dieselbe mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband, nachdem er der Breslauer Ortsverwaltung noch dankte für die gute Vorarbeit und die freundliche Ausgestaltung des Tagungsraumes. Mag Burtert.

Die neutralen Christen.

Anlässlich einer Auseinandersetzung mit dem Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher schrieb die „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung“: „Inwiefern sind die christlichen Gewerkschaften aber politisch neutral, als sie sich keiner Partei verschrieben haben und allen Parteien gegenüber in ihren Handlungen frei sind.“ Im Heft Nr. 19 bringt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ eine Aufstellung der christlichen Gewerkschaftsführer die in den Reichstag gewählt wurden. Das „Zentralblatt“ schreibt:

„Gewählt sind folgende Mitglieder der christlichen Gewerkschaften:

als Abgeordnete der Zentrumspartei: Johannes Becker-Arnberg (Metallarbeiter); Ehrhardt (Bauarbeiter); Erising (Holzarbeiter); Fahrtenbrach (Textilarbeiter); Giesberts (Metallarbeiter); Imbusch (Bergarbeiter); Joes (Holzarbeiter); Kuhnen (Bergarbeiter); Kießener (Bergarbeiter); Schlad (Metallarbeiter); Stegerwald (Holzarbeiter); Tremmel (Fabrikarbeiter); Wieber (Metallarbeiter); Wiedemeier (Fabrikarbeiter); Winkler (Holzarbeiter);

als Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei: Schwarzer (Holzarbeiter); Troßmann (Metallarbeiter);

als Abgeordnete der Partei des Christlich-sozialen Volksdienstes: Hartwig (Bekleidungsarbeiter);

als Abgeordnete der Deutschen Staatspartei: Baltrusch (Holzarbeiter);

als Abgeordnete der Deutschen Volkspartei: Winnefeld (Bergarbeiter).

Zum erstenmal gewählt wurden die Kollegen Baltrusch, Kuhnen, Wiedemeier und Winkler. Leider sind die Kollegen Behrens und Hüfner (beides Landarbeiter), die für den Christlich-sozialen Volksdienst kandidierten, nicht wiedergewählt worden. Es steht jedoch zu erwarten, daß der Kollege Behrens, der an einer Nachrüdstelle steht, demnächst doch noch ein Mandat erhalten wird.

Der Deutsche Gewerkschafts-Bund zählt zu diesen Abgeordneten aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften eine Reihe weiterer Parlamentarier aus den Verbänden der Verkehrsbediensteten und Angestellten. Zu den Verkehrsbediensteten zählen: Koch (Dmat.); Groß (S.); Helmerich (Bagr. Bp.); Georg Hartmann (Konf.). Zu den Angestellten: Berg (S.); Fr. Teusch (S.); Thiel (DBp.); Glayel (DBp.); Lambach (Konf.); Kippel (Chr.-Soz.); Söhle (Nat.-Soz.) und schätzungsweise weitere 16 Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, die alle zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gehören.

Von den Demokraten (Staatspartei) bis zu den Nazis ist also alles reichlich vertreten. Inzwischen hat die Regierung ihren Wirtschafts- und Finanzplan veröffentlicht. Dieses Regierungsprogramm ist eine einzige große Liebeserklärung an den Monopolkapitalismus und an die Großagrarien. Dagegen sollen alle Angehörigen der arbeitenden Klassen außerste gedrückt werden. Hinter dem Regierungsprogramm stehen die Parteien, in denen nach Meinung des Zentralblattes die christlichen Gewerkschaften ihre politische Vertretung sehen.

Wie schrieb doch die „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung“ so nett? Die christlichen Gewerkschaften sind frei in ihren Handlungen und Aktionen. Eine solche Freiheit vermischt man bei den sich „frei“ nennenden, aber in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften, die dann schon ruhig und lammfromm sein müssen, wenn die Sozialdemokratie verantwortlich in der Regierung sitzt.

Hinter dem neuen Wirtschafts- und Regierungsplan der Reichsregierung stehen mehr oder weniger alle Parteien von der Staatspartei und dem Zentrum bis zu den Nazis. Nach geht der Streik um besondere Vorteile für eintägige bürgerliche Interessengruppen. Einig sind sich die Herrschaften in der Grundidee: „Alle Lasten dem Arbeiter!“ Wir sind gespannt, wie sich die „völlige Bewegungsfreiheit“ der großen Zahl christlicher Gewerkschaftsführer im Deutschen Reichstag nach außen hin kenntlich machen wird.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Leipzig (Tapezierergewerbe).

Nach Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss wurde in freier Vereinbarung folgendes festgelegt:

1. Das Lohnabkommen vom 19. Mai 1930 wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 wieder in Kraft gesetzt.
2. Leistungszulagen für qualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen bleiben der freien Vereinbarung zwischen dem Arbeitnehmer und dem jeweiligen Arbeitgeber überlassen.
3. Diese Regelung kann erstmalig zum 31. Dezember 1930 mit vierwöchiger Frist, sodann zum Schlusse jedes weiteren Monats mit der gleichen Frist gekündigt werden.

Kettendorf bei Berlin (Treibriemer).

Die Kündigung der Arbeitgeber hinsichtlich des Lohnabkommens wurde zurückgezogen, so daß der bisherige Lohn weiter in Kraft bleibt.

Bezirk Schlesien (Leberwäner).

Die Verhandlungen vor dem Schlichter in Breslau am 6. Oktober 1930 hatten durch einen Schiedspruch — der die bisherigen Löhne bis einschließlich 15. Januar 1931 bestehen läßt — ihren Abschluß gefunden.

Der Schiedspruch unterliegt der Annahme oder Ablehnung der Tarifparteien.

Berlin (Leppich und Einzelmeister).

Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss Berlin, der sich mit dem von den Arbeitgebern geforderten Lohnabbau beschäftigte, brachte eine Vereinbarung der Parteien zustande, wonach das bisherige Lohnabkommen mit 14tägiger Kündigung zum jeweiligen Monatschluß weiter läuft.

### Gewerkschaftskongress in der Tschechoslowakei.

Der am 21. September und die folgenden Tage in Prag abgehaltene Gewerkschaftskongress bedeutet nach langen Jahren der Schwächung und Schädigung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung einen Fortschritt, als alle freien Gewerkschaften der Republik vertreten waren. Die praktische Einheit ist damit in einem Lande, wo die Spaltung den größten Schaden angerichtet hat, zu einem großen Stück auf organischer Basis wieder hergestellt worden. In Erledigung der umfangreichen Tagesordnung befaßte sich der Kongress mit allen aktuellen Fragen der Wirtschaft, der Sozialversicherung, des Jugendstudiums, der Frauen, Angestellten usw.

In seinem eingehenden Tätigkeitsbericht bezeichnete Zentralsekretär Genosse Lopyka die Bereinigungsbestrebungen der einzelnen Verbände als einen Fortschritt, obwohl die Beschlüsse der vorangehenden Kongresse in dieser Hinsicht nicht ganz erfüllt wurden. Immerhin ist in der Lebensmittelbranche eine Verschmelzung mehrerer selbstständiger Verbände zu einem einheitlichen Lebensmittelarbeiterverband erfolgt, ebenso auf dem Gebiete der Lederindustrie. Ein fast historisches Ereignis ist die Bildung einer Einheitsorganisation im Baugewerbe aus drei selbstständigen Verbänden. Schwieriger gestaltet sich der Bereinigungsprozeß bei den Organisationen der geistigen Arbeiter und namentlich der öffentlichen Angestellten. Die Grundzüge des Zusammenfassens der deutschsprachigen und tschechischen Gewerkschaften, der schon in den Jahren 1925 und 1926 unter Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes angestrebt wurde, ermöglichen die Vereinigung von mehr als einer halben Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in der einheitlichen Gewerkschaftszentrale. Die Verwirklichung der vollen Einheit ist nur noch eine Frage der Zeit.

Besonders bedeutungsvoll ist, daß sich bei der Behandlung der Frage der Sozialpolitik auch Stimmen zugunsten der eigentlichen Arbeitslosenversicherung an Stelle des jetzigen Systems meldeten. In der Frage der Organisation der Sozialversicherung im allgemeinen stehen die tschechoslowakischen Gewerkschaften zu dem Grundgeden der Zusammenfassung und der Vereinfachung. Die Selbstverwaltung der Versicherer in allen Einrichtungen der Sozialversicherung ist ihre grundsätzliche Forderung. Sie darf sich nicht bloß auf die Krankenversicherung beschränken, sondern muß in allen Zweigen der Sozialversicherung Grundlag werden. Darin ist auch an den Ausbau der materiellen Leistungen der verschiedenen Einrichtungen der Sozialversicherung zu denken. Ausgestaltung der Heilfürsorge innerhalb der Sozialversicherung ist unumgänglich notwendig. Nur eine großzügige Reform, bei welcher die bisher gemachten Erfahrungen in vollem Umfange berücksichtigt werden, kann in der Sozialversicherung der Tschechoslowakei jenen Wandel herbeiführen, den die Gewerkschaften fordern.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

3. Bundestag des Baugewerksbundes. Am 29. September begann in Frankfurt a. M. das Portament der Bauarbeiter. Der erste Tag war der Berichtserstattung gewidmet. Die Mitgliederzahl ist infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage etwas zurückgegangen und beträgt zur Zeit 478 000. Das Bundesvermögen beträgt 20 Millionen Mark. Vom 1. Januar 1928 bis zum 31. Juli 1930 wurden allein 27 797 134 M. Erwerbslosen- und Krankenunterstützung gezahlt. Zur Zeit bestehen 97 Tarifverträge. Größte Sorge ist die Beschaffung des Kapitals für den Baumarkt. Die Verwirklichung der Regierungspläne, etwa 400 Millionen Mark an Hauszinssteuer aufkommen für andere Zwecke abzugeben, müsse den Wohnungsbau drässen und die Bauarbeiter dem Elend ausliefern. Die Bauhüttenbewegung hat sich gut entwickelt und sind zur Zeit 130 soziale Baubetriebe vorhanden. Dieselben beschäftigten im Jahre 1929 17 776 Arbeiter und Angestellte im Jahresdurchschnitt. Die Jugendzeitschrift: „Jugendvoll im Bau“ wurde in 45 000 Exemplaren hergestellt. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe spricht sich der Verbandstag aus für restlose Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Einführung der Kriemenunterstützung für die Bauarbeiter durch das Reich, Beibehaltung der Zwangswirtschaft, da die Aufhebung eine ungeheure Verteuerung der Mieten herbeiführen würde, Bereitstellung von Baulandkapital zu erdönglichen Zinssätzen und volle Bewegungsfreiheit der Kommunen in der Baufinanzierung. Zur besseren Gestaltung der Nachwuchsafrage fordert der Bundestag von den Unternehmern eine verantwortungsbewusste und planmäßige Gestaltung der Lehrlingsausbildung und eine, unter Mitwirkung der Gewerkschaften die Behrverhältnisse regelnde Lehrlingsordnung. Angesichts der Tatsache, daß den Bauarbeitern jährlich Hunderttausende von Mark an Lohn verlorengehen, ersuchte der Bundestag die Reichsregierung um beschleunigte gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung der Bauarbeiterlöhne. In einer Entschließung wendet sich der Bundestag gegen die reaktionären Bestrebungen der Regierung Brüning und fordert die Bauarbeiter auf, sich mit aller Kraft für den Bestand der Demokratie einzusetzen. Die Bundesleitung wird nach den Vorschlägen wieder bzw. neugewählt. Der langjährige Hauptkassierer, Genosse Kober, tritt in den Ruhestand.

### Rundschau

Diskontierung der Reichsbank. Der Zentralausschuss der Reichsbank hat beschlossen, einer Erhöhung des Reichsbankdiskonts von 4 auf 5 Proz. zuzustimmen. Diese Maßnahme ist eine Folge der ausländischen, besonders der französischen Kreditkündigungen, die nach dem unglücklichen Ausgang der Reichstagswahlen eingeleitet haben und bisher noch nicht zum Stillstand gekommen sind. Dazu kommt, daß deutsche Kapitalisten wieder dabei sind, Millionenwerte ins Ausland zu verschleppen. Die auf diesem Wege in den letzten Wochen ausgewanderten Kapitalien werden auf mindestens 250 bis 300 Millionen geschätzt. Die unheilvolle Auswirkung dieser Vorgänge besteht für Deutschland darin, daß die einheimische Kapitalversorgung erstickt und die Gefundung der Wirtschaft verzögert wird.

Eine neue Ruppplanze. Dem englischen Pflanzenzüchter Leonard Bromning ist es gelungen, eine Pflanze zu ziehen, welche drei verschiedene Produkte liefert: 1. eine der Autejafer ähnliche Faser, die sich zu mancherlei Gewinnstoffen vorzüglich eignet, 2. eine Zellulose für die Papierherzeugung und 3. Samenfrüchte, die als Viehfutter verwendet werden können. Die neue Ruppplanze, die den Namen Brotrog erhalten hat, braucht zu ihrer vollkommenen Entwicklung eineinhalb Jahre und wird bis dahin 3 bis 5 Meter hoch, während ihre Stengel eine Stärke bis zu 25 Zentimeter erreichen. In England hat sich bereits eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1 Million Pfund Sterling gebildet, die sich die Kultur der neuen Pflanze anlegen sein lassen wird.

### Bücherei

Die Nummer 19 der „Frauenwelt“ bringt neben dem Roman und dem gut ausgeschauten Abenteuerroman Artikel über die Hygieneausstattung in Dresden, Mißbrauch bei Island und die Handelsmarine. Der Beitrag Dr. Carl Herberichs über die Arbeit mit feinen Anfällen und plötzlichen Entlassungen meiner Kinder wird jede Mutter interessieren, und unsere Kinder werden sich sehr glücklich wieder auf ihre „Frauenwelt“-Beilage freuen. In den Rubriken: „Über weißes Brot“, „Was gibt es im Film“, „Kunde und Kleidung“ und im „Medizinischen Briefkasten“ finden wir lustig Behauptungen, Erzeugnisse und Ratgeber, doch mit dem Bezug der „Frauenwelt“ nur warmstens empfehlen können. Bestellspreis 35 Pf., mit Schnittmusterbogen 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Volksbuchhandlungen, Volkskassen und der Verlag F. B. Weg Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, entgegen.

### Fachlehrbücher.

A. Für Sattler.

Der Sattlerlehrling. Mit 84 Textabbildungen. Geb.	1,50
Linoleumlegen. Mit 165 Abbildungen. Geb.	6,—
Der Treibriemenhalter (Fisch).	7,50
Der Sattler als Wagen- und Autogarntierer. Von Paul Reibelsahl. Zweite, erweiterte Auflage mit 260 Abbildungen und vielen Kalkulationen. Oktavformat . . . . .	12,—

B. Für Tapezierer.

Rationelles Polstern (Engelhardt) . . . . .	6,—
Der moderne Polsterer (Adolf Spindler) . . . . .	10,—
Herstellung von Kissenmöbeln (Max Müller)	4,50
Das Nähen, Spannen und Legen von teilen Teppichen und Läufern (Karl Mich.) . . . . .	4,50
Die Anfertigung von Auflegematrizen . . . . .	2,—

Bestellungen bei Bruno Engel, Berlin SO. 16, Michaelstraße 14 II.

Um unnütze Postkosten zu ersparen, ersuchen wir bei kleineren Objekten um vorherige Einsendung des Betrages.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 14. bis zum 20. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Die Invalidentaxe und das Verbandsmitgliedsbuch des Kollegen Kurt Heyer, Tapezierer, geboren am 30. August 1911 in Viegriß, ist auf der Hauptkasse abgegeben worden und vom Kollegen Kurt Heyer daselbst anzufordern.

Der Hauptvorstand.

### Adressenänderungen

Dresden. Büro: Schützenplatz 16 III. Fernruf 24 521. Bürozeit: 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr, Sonnabends 10 bis 1 Uhr.

Glogau. Kass.: Richard Baude, Taubensir. 8.

### Veranstaltungskalender

Dresden. Mitgliederversammlung am 30. Oktober 1930, 18.30 Uhr, im Trianon (Speißeaal). Vortrag: Kann Lohnrenten die Wirtschaftskrisis beheben? Referent: Genosse Dr. Müller von der Volkshochschule Dresden. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1930.

Wuppertal (Barmen-Eberfeld). Vollversammlung am 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Barmen. Referent: Kollege A. Blume, Berlin. Erscheinens aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Breslau. Außerordentliche Generalversammlung Dienstag, 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6. Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit der Herbstwerbung; 2. Statutenänderung.

Hagen i. W. Am Sonnabend, dem 1. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Parkhaus unter 32. Rottenfest statt. Neben Darbietungen erster Künstler und eines schönen Konzertes findet eine große Verlosung statt. Sämtliche Kollegen werden freundlichst ersucht, ihre ganze Kraft zum Gelingen des Festes einzusetzen, für zahlreichen Besuch zu sorgen und mit ihren Angehörigen zu erscheinen. Die benachbarten umliegenden Filialen werden freundlichst eingeladen.

Kollegen, wenn auch die Zeit ernst ist, so wollen wir doch nicht ganz verzagen und auf ein paar Stunden die Sorgen und die Lasten verweisen. Also Kollegen, am 1. November zum Parkhaus.

Leipzig. Mittwoch, den 22. Oktober, 19 Uhr, im Volkshaus, Sitzungszimmer 2-4, allgemeines Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Neustadt-Glewe. Sonnabend, den 18. Oktober 1930, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Gastwirt Ollenschläger. Da Kollege Gerhardt Berlin, in dieser Versammlung erscheint, ist das Kommen sämtlicher Kollegen bringend erforderlich.

Stettin. Am Freitag, dem 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Karo, König Albertstraße 43, Berlin a m m u n g für alle Branchen. Vortrag über die Bedeutung der Reichstagswahl in gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung. Die Kollegen werden ersucht, Mitgliederbücher oder -karten zwecks Kontrolle mitzubringen, da die Betriebskassierer dieselben einziehen müssen. Erwerbslose müssen sich pünktlich und regelmäßig Freitags von 7 bis 8 Uhr melden.